

Ettlingen, 18.12.2019

## **Haushaltsrede der Fraktion Freie Wähler-Für Ettlingen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren aus Bürgerschaft und Verwaltung,

werte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat,

**"Die fetten Jahre sind vorbei"**, zumindest vorerst. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft wurde in diesem Jahr tatsächlich spürbar abgebremst. Die Prognosen des Ifo-Institutes sind eingetroffen und die dunklen Wolken, die der Bundeswirtschaftsminister im letzten Jahr aufziehen sah, haben zugenommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist in diesem Jahr nur noch um 0,5 Prozent gestiegen. Wie es weitergeht steht in den Sternen und hängt von vielen Faktoren ab.

Was passiert z.B. mit dem Automobilsektor? Werden weniger Autos verkauft, braucht man dort auch weniger Mitarbeiter, weniger Zubehörprodukte, weniger Servicedienstleistungen. Neben dem Risiko der Arbeitslosigkeit für die zahlreichen direkt und indirekt Beschäftigten rund um die Fahrzeugproduktion fließen von den Unternehmen natürlich auch weniger Steuern, insbesondere Gewerbesteuern, ab. Gerade die Gewerbesteuer gehört aber neben den Zuweisungen vom Land, die allerdings zum großen Teil als Transferleistungen wieder abfließen, zu den Haupteinnahmequellen meisten Kommunen. So auch für Ettlingen.

Schmerzlich zu spüren bekamen dies bereits in diesem Jahr unsere Nachbarstädte Rastatt, Bühl und Gaggenau mit dramatischen Gewerbesteuerleinbrüchen und alternativlosen Haushaltssperren.

Zum Glück für uns heute haben unsere Vorgänger im Rat und in der Verwaltung darauf geachtet, dass Gewerbe und Industrie in Ettlingen möglichst breit aufgestellt sind und keine einseitigen Abhängigkeiten entstehen. Aber auch bei uns ist die "Konjunkturdelle", wie ich sie mal nennen mag, bereits angekommen.

### **Kommen wir daher zu unserem geplanten Haushalt für das nächste Jahr, als erstes zum Ergebnishaushalt 2020**

Konnten wir bei der Haushaltseinbringung des Herrn Oberbürgermeisters am 23.10.2019 noch mit ca. 41 Millionen Euro Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2019 rechnen, 2,5 Millionen Euro über dem Planansatz, so zeigen uns die aktuellen Zahlen, dass wir froh sein müssen, wenn wir den ursprünglichen Planansatz noch erreichen.

Für das Jahr 2020 rechnen wir in unserer städtischen Haushaltsplanung mit einem Steueraufkommen von ca. 83 Millionen Euro, davon fast die Hälfte, nämlich 40 Millionen Euro Gewerbesteuern (falls die Konjunktur nicht weiter nachlässt). Weitere Steuereinnahmen, die die Stadt direkt erhebt und bekommt sind Grund-, Vergnügungs- und Hundesteuer.

Die größten Zuwendungen für unseren Ergebnishaushalt kommen jedoch, wie bereits gesagt, vom Land, nämlich ca. 52 Millionen Euro.

Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Steuereinnahmen des Landes nicht mehr lange so weiter sprudeln wie bisher. Stetig steigende Sozialausgaben und Pensionslasten, dringend notwendige Investitionen in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur, oder den Klimaschutz werden dazu führen, dass das Land künftig nicht mehr so viel zu verteilen hat.

Und auch der Landkreis wird in der Folge zwangsläufig die Kreisumlage für die Kommunen erhöhen müssen, um seinen vielfältigen Aufgaben weiter gerecht zu werden. Das heißt, dass wir dann an den Kreis mehr als bisher zu bezahlen haben. Wir planen für 2020 mit einer Kreisumlage von ca. 19,3 Millionen Euro. Eine Erhöhung um einen Punkt würde sich in unserem Haushalt mit ca. 400.000 Euro niederschlagen.

Leider können wir keine „Stadtumlage“ erheben, sondern nur unsere eigenen Steuern und Gebühren erhöhen, oder besser noch, wir müssen unsere Ausgaben reduzieren.

Aber zurück zu den Einnahmen. Wir bekommen u.a. noch Mittel aus aufgelösten Investitionszuwendungen und sogenannten öffentlich-rechtlichen Entgelten. Das sind überwiegend die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, z.B. für die Musik- und Volkshochschule, Eintrittsgelder, Kinderbetreuung, Parkgebühren, Mieteinnahmen oder Bestattungsgebühren. Dazu generieren wir noch Einnahmen durch Kostenerstattungen und Umlagen, Zinserträgen, aktivierten Eigenleistungen und sonstigen ordentlichen Erträgen, z.B. Konzessionsabgaben und den Bußgeldern.

So kommen wir insgesamt auf sogenannte "**ordentliche Erträge**", so nennt man die Einnahmen, in Höhe von knapp **125 Millionen Euro**.

Dem gegenüber stehen unsere Ausgaben, die sogenannten "**ordentlichen Aufwendungen**". Und schon wird's problematisch. Die geplanten Ausgaben im Ergebnishaushalt betragen nämlich um die **129 Millionen Euro**, weshalb wir einen geplanten Fehlbestand in Höhe von ca. 4 Millionen zu einem ausgeglichenen Haushaltsergebnis haben. Diese Deckungslücke soll durch sogenannte **außerordentliche Erträge** ausgeglichen werden.

Das heißt, wir werden voraussichtlich Vermögenswerte der Stadt verkaufen müssen, in der Regel Grundstücke, um das Haushaltsdefizit auszugleichen. Hierfür sind ca. 4,5 Millionen eingeplant, sodass wir am Schluss etwa ein Gesamthaushaltsergebnis von plus einer halben Million haben werden, falls diese Erlöse auch erzielt werden können.

Dass die Lücke nicht größer wurde haben wir in diesem Jahr auch den überwiegend disziplinierten Haushaltsanträgen der Fraktionen zu verdanken. Wir von FWFE haben übrigens keinen einzigen Antrag gestellt, der zu einer Mehrbelastung für die Stadt geführt hätte.

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang aber, dass es sich bei den vorgesehenen Verkäufen um "Tafelsilber" der Stadt und ihrer Bürger handelt, dass nur einmal verkauft werden kann.

Viel besser wäre es jedoch, wenn unsere Ausgaben sich in einem Bereich bewegen würden, der nicht nur die Einnahmen gedeckt würde, sondern auch noch etwas für die Rücklagen, bzw. als Zufluss in den Finanzhaushalt übrigbliebe. So können wir Spielraum schaffen, der uns, und vor allen den Verantwortlichen, die nach uns kommen, in schlechten Zeiten, die notwendige finanzielle Handlungsfähigkeit sichert. Und zwar ohne, dass wir dafür städtische Vermögenswerte verkaufen müssen.

Neben den Transferaufwendungen, die sich 55 Millionen Euro belaufen, sind die Personalkosten mit 32,3 Millionen Euro der größte Posten bei unseren Aufwendungen. Dies entspricht etwa einem Viertel der Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

In der heutigen Zeit ist gutes Personal, insbesondere für die öffentliche Verwaltung, schwer zu bekommen, was überwiegend daran liegt, dass das Arbeitsplatzangebot in der Wirtschaft immer noch recht gut ist und dort in der Regel auch besser bezahlt wird. Das kann sich aber mal schnell wieder ändern.

643 Personen arbeiten bei der Stadt Ettlingen, davon 47% in Teilzeit. Hinzu kommen 52 Auszubildende und 194 Saisonkräfte und freie Mitarbeiter, z.B. bei den Schlossfestspielen.

Im Jahr 2020 sollen 15 weitere Stellen dazu kommen, z.B. beim kommunalen Ordnungsdienst, beim Forst, der Schulkindbetreuung, im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik, beim Hochwasserschutz, in der Kämmerei oder bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen.

Diese Personalmaßnahmen tragen wir mit, besonders auch unter dem Aspekt, dass die Alterspyramide bei der Stadtverwaltung im oberen Bereich ziemlich breit ist und in den nächsten Jahren sehr viele städtische Mitarbeiter in Rente gehen oder pensioniert werden.

Dennoch gilt es die Personalkosten im Blick zu behalten und auch bei Stellenbesetzungen die unbedingte Notwendigkeit zu prüfen.

Ein Teil unserer Fraktion betrachtet die Ausschreibung einer zweiten Vollzeitstelle für Klimaschutzmaßnahmen als vorschnell. Neben der **"Neuen Personalstelle zur Steuerung der klimaschutzpolitischen Aktivitäten der Stadt Ettlingen"** wie es in der Ausschreibung heißt, haben wir nämlich schon einen Klimaschutzmanager. Man hätte das Aufgabenprofil, das man heutzutage an die städtischen Klimaschutzaktivitäten stellt, anpassen, neu definieren und erst einmal abwarten können, wie der bisherige Klimaschutzmanager die Aufgaben bewältigt. Ihm zur Seite hätte man den städtischen Umweltbeauftragten stellen können. Zudem kann man jederzeit auf die Unterstützung durch die Umwelt- und Energieagentur des Landkreises und im Einzelfall auf projektbezogene Fachleute zurückgreifen. Wenn sich dann ergeben hätte, dass die Aufgaben von einer Person nicht zu bewältigen sind, hätte man immer noch eine zweite Stelle ausschreiben können.

Vielleicht sogar erst einmal in Teilzeit. So kostet uns diese Stelle jährlich 95.000 Euro, ohne dass man es erst einmal anders versucht hätte.

### **Und wie sieht es beim Finanzhaushalt, der zweiten Säule des Haushaltes, aus?**

Um es kurz zu machen: **Düster**.

Wir planen mit Einnahmen Höhe von ca. 12,5 Millionen Euro, denen geplante Ausgaben in Höhe von ca. 36,3 Millionen Euro gegenüberstehen. Die Einnahmen bestehen hauptsächlich aus Investitionszuschüssen und der Veräußerung von Sachvermögen, überwiegend Grundstücke und Gebäude im bisherigen Eigentum der Stadt, wobei wir wieder bei meinen gerade geäußerten Ausführungen zum "Tafelsilber" wären. Wir werden darauf achten werden, dass die damit erzielten Mittel für notwendige, werterhaltende und nachhaltige Investitionen, und vor allem sparsam ausgegeben werden.

Der größte Brocken der Ausgaben sind die geplanten Baumaßnahmen in Höhe von ca. 21 Millionen Euro. Außerdem sollen Grundstücke und Gebäude gekauft und Sachwerte erworben werden. Etwa 2 Millionen Euro sind für Investitionsfördermaßnahmen vorgesehen, z.B. für Kirchengemeinden, Sport-, Kultur- und Heimatvereine, die Tagespflege und Umweltschutzmaßnahmen.

Die größten Ausgaben bei den Baumaßnahmen im Hochbaubereich betreffen die Sanierung der Gebäude Kirchenplatz 1-3, u.a. die Ratsstube, den Neubau des Kindergartens am Festplatz, die Waldsaumhalle und für die Schillerschule, die Wilhelm-Lorenz-Realschule, und das Albertus-Magnus-Gymnasium.

Insbesondere die Investitionen in die Schulen, wozu u.a. auch die Multimedia-Infrastruktur gehört, finden wir gut und richtig.

Schon J.F. Kennedy sagte einmal "**Bildung kostet viel Geld, aber keine Bildung kostet noch viel mehr**". Dem können wir uns nur anschließen.

Von den ca. 8,6 Millionen Investitionen in den Tiefbau gehören weitere Maßnahmen an verschiedenen Schulen, die Verbesserung der Breitbandversorgung, die Pflastersanierung am Neuen Markt, die Außenanlagen im Albgaustadion, die Reutgrabenbrücke und die Hohburgstraße in Bruchhausen, die weitere Sanierung der Seestraße und die Hochwasserkonzeption Alb zu den dicksten Brocken.

Den geplanten Kunstrasenfußballplatz in Ettlingen West hätten wir allerdings in der jetzigen Zeit nicht gebraucht. Das Argument, dass es im Sommer dort staubt war uns keine 107.000 Euro wert. Zum einen gibt es ganz in der Nähe beim Fichtenweg noch einen Bolzplatz, zum anderen ist es bis zum Kunstrasenplatz am Wasen auch nicht weit. Auch andere Bolz- und Sportplätze sind von Ettlingen-West aus sehr gut mit Bus, Fahrrad oder auch zu Fuß erreichbar.

Aber die Mehrheit im Gemeinderat hat das anders gesehen. Für uns ist das ein typisches Beispiel für eine Freiwilligkeitsleistung, die man sich in der heutigen Situation hätte sparen können, ja sogar sparen müssen. Denn zu den Baukosten haben wir für den Platz künftig auch die Unterhaltskosten und die jährlichen Abschreibungen zu finanzieren.

Wer bis jetzt aufgepasst und mitgerechnet hat wird bemerkt haben, dass unsere geplanten Ausgaben für Investitionsmaßnahmen die Einnahmen bei weitem, nämlich um ca. 17,8 Millionen, übersteigen. Rechnet man den Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt heraus besteht noch ein Finanzierungsmittelbedarf von etwa 15,6 Millionen.

Diesen gleichen wir durch noch vorhandene liquide Mittel und aus der Entnahme von unseren Rücklagen aus. Kreditaufnahmen sind im Jahr 2020 glücklicherweise trotzdem nicht geplant.

Ganz anders sieht das aber für die Folgejahre aus.

Unsere Liquidität beträgt laut Haushaltsplanentwurf zum Ende 2019, also Stand jetzt, ca. 33 Millionen Euro. Der Stand unserer sogenannten ErgebnISRücklagen beträgt momentan ca. 39,5 Millionen Euro. Eigentlich ein recht sattes Polster, könnte man meinen.

Allerdings sind für die Folgejahre 2021 bis 2023 bereits Investitionen mit einem Volumen von sage und schreibe 104 Millionen Euro geplant und vielfach meist auch schon beschlossen. Wenn sich die Situation also planmäßig entwickelt, werden in diesem Zeitraum zur Sicherstellung der Liquidität Kreditaufnahmen in Höhe von 62,5 Millionen Euro notwendig.

Unsere Liquidität wird laut Haushaltsplanentwurf im nächsten Jahr auf ca. 17,4 Millionen Euro sinken, und in 2021 dann auf dramatische 2,7 Millionen Euro einbrechen und sich auch in den Jahren danach nicht mehr erholen. Wir wären dann bei der gesetzlichen Mindestliquidität angelangt. Auf Deutsch gesagt, wir sind dann pleite. Wenn es wie prognostiziert läuft, werden wir also bald in den Miesen sein.

Dazu fällt mir der passende Spruch ein: "**In guten Jahren wird der Haushalt ruiniert**". Wir hatten bisher einige gute Jahre, aber schon alleine die nackten Zahlen aus dem Haushaltsplan zeigen uns, dass diese erst einmal vorbei sind. Sie mahnen uns eindringlich, dass wir mit unseren geplanten Projekten mindestens einen Gang runter schalten, und unsere Investitionen in jedem Einzelfall auf den Prüfstand und so manches zurückstellen und Prioritäten setzen müssen. Hierfür würde sich eine neue Konsolidierungsrunde anbieten.



Natürlich kann man in diesem Zusammenhang einwenden, dass unsere Investitionen ja auch Sachwerte darstellen, die vorhanden sind und das städtische Vermögen quasi mehren. Das ist zwar richtig, aber etwas zu kurz gedacht, **denn was nützt mir mein Auto, wenn ich kein Geld mehr zum Tanken habe?**

Nicht zu vergessen auch, dass uns die Investitionen, z.B. Gebäude, auch hohe laufende Folgekosten bescheren.

Das ist zum einen die Aufwendungen für den laufenden Unterhalt, vor allem aber die dazu gehörenden Abschreibungen, die im Rahmen der Doppik im Haushalt jeweils jährlich neu erwirtschaftet werden müssen. Das sind jetzt schon 10 Millionen Euro im Jahr. Nicht zu vergessen die Zinsen für die Kredite, die wir früher oder später dafür aufnehmen müssen.

Überhaupt die Abschreibungen. Manchmal hat man bei den Gemeinderatsdiskussionen über geplante Investitionsvorhaben das Gefühl, dass gerade die Folgekosten nur wenig interessieren, Hauptsache das Projekt wird erst einmal auf den Weg gebracht.

Dazu trägt auch bei, dass bei der Vorstellung der Projekte im Gemeinderat über die zu erwartenden Kosten bisher meist nur recht überschaubare Schätzungen vorlagen, und in die genaueren Fachplanungen und die konkreten Kostenberechnungen bis dahin noch gar nicht eingestiegen wurde.

Diese Kostenschätzungen sind gegenüber den nachfolgenden Kostenberechnungen sehr ungenau und können in einer Bandbreite von +/- 40% von den tatsächlichen Kosten abweichen, während die Kostenberechnungen in der Regel nur zwischen 10% und 20% Bandbreite abweichen, da von den Fachplanern dabei sehr viel tiefer in die Details der einzelnen Gewerke eingestiegen wird.

Daher sind die Schlussabrechnungen nicht selten viel teurer als die ursprünglichen Kostenschätzungen und sehr selten mal günstiger.

Ein aktuelles Beispiel ist z.B. die neue Sporthalle in Schöllbronn. Die war mal mit einer Bandbreite von 5,2 - 6,76 Millionen Euro geplant und kostet jetzt, bis sie fertig ist, vmtl. an die 8 Millionen Euro.

Weil im Laufe der Zeit nicht nur die Baukosten stiegen, sondern mehrere Kostentreiber hinzukamen.

Zwar entstand ein Teil der Mehrkosten auch durch Fehlberechnungen eines Fachplaners, aber zum großen Teil auch durch den Umstand, dass die Massenermittlung bei den Rohbauarbeiten zum Zeitpunkt der Kostenberechnung nur überschlägig war. Ein ähnliches Bild bei den Erd- und Spezialtiefbauten, wo notwendige Arbeiten in der Vorkonzeption deutlich zu gering eingeschätzt wurden, worauf die daraus resultierenden Kosten ebenfalls zu niedrig angesetzt wurden. Da natürlich auch die Baupreise stiegen, was jetzt nicht gerade die große Überraschung ist, kamen so Mehrkosten in Höhe von knapp 1,2 Millionen Euro zusammen.

Zu den inzwischen prognostizierten Baukosten von über 7,5 Millionen Euro kommen noch ca. 1,1 Millionen Euro für die Außenanlagen dazu.

Nicht, dass man Schöllbronn die Halle nicht gönnen würde, die ja auch für den Schulsport gebraucht wird. Aber hätten wir gewusst, dass das Projekt am Ende mit Außenanlagen, 9 Millionen kostet, dann hätte man sich vielleicht doch intensiv Gedanken über eine günstigere Variante gemacht und vielleicht die eine oder andere Million einsparen können.

Die jährlichen Folgekosten, die wir im Haushalt für die Halle erwirtschaften müssen betragen etwa 400.000 Euro. Nur für dieses eine Gebäude, ohne Außenanlage.

Neuerdings bekommen wir von der Verwaltung als Entscheidungshilfe dankenswerter Weise eine sogenannte Kostenprognose, in welche die voraussichtlichen Preissteigerungen und 30% für Unvorhergesehenes eingerechnet sind, z.B. beim geplanten Neubau eines Gebäudes mit Kindergarten und Wohnungen im Neubaugebiet Kaserne Nord.

In dem Bauwerk soll im Erdgeschoss und im 1. OG auf ca. 1.370 qm Fläche ein 6-gruppiger Kindergarten entstehen. Im Obergeschoss sind ca. 685 qm Fläche für Wohnungen vorgesehen.

Die Kostenprognose für das Gebäude beläuft sich bis 2024 auf ca. 9.375 Millionen Euro Baukosten. Rechnet man 30% für Unvorhergesehenes dazu landet man bei ziemlich genau bei **sagenhaften 12 Millionen Euro**. Ohne Grunderwerb, da uns das Grundstück schon gehört, und auch ohne Tiefgarage und ohne Planungswettbewerb, der nochmal irgendwo zwischen 150.000 und 250.000 Euro liegen wird.

Dagegen wirkt die Halle in Schöllbronn ja direkt wie ein Schnäppchen.

Selbst wenn man sich die Kosten schön rechnet und den größten Teil der Aufwendungen für den Bereich des Kindergartens ansetzt, sind das für mich aberwitzige Baukosten, die nicht mehr zu rechtfertigen sind.

Wenn die Baupreise in diesem Neubaugebiet an anderer Stelle ähnlich hoch werden, sollten wir vielleicht lieber ein Seniorenzentrum bauen, denn junge Familien mit Kindern, die wir so gerne in Ettlingen hätten, werden sich das Wohnen in diesem Gebiet dann kaum leisten können.

Natürlich müssen auch die Abschreibungen für dieses Gebäude jährlich neu erwirtschaftet werden. Je teurer das Bauwerk, desto höher die Abschreibungen. In der Warteschleife befinden sich aber noch zahlreiche weitere geplante Baumaßnahmen, wie z.B. der Kindergarten am Festplatz, Neuer Markt und Sanierung und Umbau der Schillerschule.

Diese und weitere Maßnahmen werden die notwendigen Aufwendungen für die Abschreibungen in immer astronomischere Höhen katapultieren.

Ich denke, dass man an diesen Ausführungen noch einmal deutlich spüren kann, dass es unserer Fraktion ein sehr großes Anliegen ist die künftigen Investitionen und sonstigen Ausgaben sehr kritisch auf Notwendigkeit und Finanzierbarkeit zu hinterfragen.

Im Haushalt stehen bis 2021 bereits Verpflichtungsermächtigungen für 29,3 Millionen Euro. Das sind Projekte die unsere Bauverwaltung für mindestens zwei Jahre beschäftigen werden. Mit weiteren Forderungen sollten wir daher Zurückhaltung üben und erst einmal eine Rangfolge nach Notwendigkeit erstellen.

Dafür wäre eine Konsolidierungsrunde nicht schlecht.

Wechseln wir das Thema und widmen wir uns einem anderen sehr drängenden Problem, nämlich dem **Bauen und Wohnen**.

Obwohl zurzeit schon relativ viele neue Wohnungen im Bau und in Planung sind, steigen die Preise für Baugrundstücke, Wohnungen oder Häuser bei uns immer weiter und man fragt sich, ob das Ende der Fahnenstange nicht bald erreicht ist. Momentan sieht es leider nicht so aus.

Vermutlich wird auch der gerade in der Erstellung befindliche Mietspiegel für Ettlingen nicht viel daran ändern.

Schaut man ins Amtsblatt, oder in die einschlägigen Internetportale stellt man schnell fest, dass der Immobilien- und Mietwohnungsmarkt in Ettlingen und auch in den Ortsteilen so gut wie leergefegt ist. Günstige Mietwohnungen werden von privat fast nur noch in unattraktiven Lagen angeboten.

Besonders für Normalverdiener und Familien mit Kindern, oder Rentner, die finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet sind, ist es unter normalen Umständen fast unmöglich eine günstige Wohnung in guter Lage zu finden, oder gar ein Eigenheim zu finanzieren.

Neubaugelbiete versprechen da wenig Abhilfe, es sei denn die Grundstücke befinden sich im Eigentum der Stadt und können daher günstig verkauft, oder besser noch in Erbpacht vergeben werden.

Wir sollten daher, wie es andere Kommunen auch schon tun, Neubaugelbiete erst dann erschließen, wenn die Grundstücke ohne Ausnahme in städtischem Besitz sind. Den Grundstücksbesitzern muss natürlich ein fairer Preis für ihre Äcker und Wiesen bezahlt werden.

Wir schlagen in diesem Zusammenhang vor, dass unsere Vergaberichtlinien neu gefasst, und um ein Bonusmodell für einheimische Bürger ergänzt werden, die dann von einem vergünstigten Grunderwerb, oder Erbpacht profitieren können. Einen entsprechenden Antrag werden wir zu gegebener Zeit stellen.

Was wir vor allem in Ettlingen brauchen sind günstige Mietwohnungen für junge Leute, Familien und ältere Menschen.

Unsere Stadtbau GmbH ist ein Garant dafür, dass sozial geförderter Wohnraum zu bezahlbaren Mietpreisen in Ettlingen dauerhaft zur Verfügung steht. Auch die Wohnungsbaugenossenschaften vermieten meist günstiger als private Investoren und sollten daher weiter unterstützt werden, z.B. durch Überlassung von Grundstücken in Erbpacht.

Die Bebauungspläne sollten keine übertriebenen Auflagen enthalten, die das Bauen noch weiter verteuern.

Zwar sollte niemand mehr eine Ölheizung einbauen, was übrigens noch bis vor kurzem gefördert wurde, aber wenn jemand eine Gas-Brennwerttherme, anstatt einer Wärmepumpe möchte, oder kein Nullenergiehaus bauen möchte, vielleicht auch weil seine Finanzierung dies nicht hergibt, so sollten wir das zulassen, auch wenn die Klimabilanz etwas schlechter ausfällt.

Wir müssen den Menschen schon noch einen Entscheidungsspielraum lassen und dürfen ihnen nicht alles auf indoktrinieren. Die staatlichen Vorschriften müssen von uns nicht noch weiter verschärft werden.

Wir müssen das Thema Klimaschutz und Erderwärmung natürlich in viele unserer Überlegungen, Maßnahmen und Projekte einbeziehen, und niemand wird ernsthaft bestreiten, dass der bereits weltweit spürbare Klimawandel unsere Zukunft bedroht. Aber wir sollten auch Bedenken, dass Deutschland nur für ca. 2% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist, während China, die USA und Russland zusammen weit über die Hälfte des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes produzieren. Das Ergebnis der Klimaschutzgipfels in Madrid hat leider gezeigt, dass wir uns keine Illusionen machen sollten.

**"Das Klima retten wir nicht in Deutschland. Wir müssen vielmehr in Innovation und Technologietransfer investieren"**, sagte unser Bundesentwicklungsminister Müller im September im Sterninterview.

Ganz persönlich wage ich an dieser Stelle einen Exkurs und sage, dass mir die Scheinheiligkeit, die ich beim Thema Klimaschutz immer öfter feststelle, manchmal schon auf den Keks geht. Bevor ich hier aber den Faden verliere beende ich das Thema mit einem Zitat von Clemente Flores, dem Sprecher von 33 bolivianischen Gemeinden, die in der Gegend liegen, wo das Lithium für die Batterien unserer E-Autos abgebaut und dabei das ohnehin wenige Trinkwasser vergiftet wird.

**"Der Abbau von Lithium für Europa und der Wechsel zum Elektroauto zerstört unsere Gemeinden und unsere Landschaft. Ihr glaubt ihr könnt die Menschheit retten, aber damit werdet ihr uns alle töten."**

Mir gibt das Ganze zu denken, und ich komme zu dem Ergebnis, dass wir es bei uns nicht auf die Spitze treiben müssen, während woanders alles den Bach runtergeht, und keinen interessiert's.

Ein wertvoller und wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist z.B. der Verzicht auf das Auto und der Umstieg auf den ÖPNV oder das Fahrrad.

Fahrradfahren bringt einen relativ schnell voran, ist selbst als E-Bike noch weitgehend umweltfreundlich und hält fit. Daher unterstützen wir die Bemühungen der Verwaltung das Radwegenetz wo immer es sinnvoll und finanzierbar ist, **und wo eine Zuständigkeit besteht** zu verbessern und zu erweitern. Positiv sieht es in diesem Zusammenhang mit dem Vorstoß der Freien Wähler Kreistagsfraktion aus, der Herr Oberbürgermeister und ich angehören, dass man künftig ohne Einschränkung sein Fahrrad in den Bussen zu den Höhenstadtteilen mitnehmen kann. Auch ein kleiner Beitrag zum Klimaschutz.

Es gäbe noch viel zu berichten, aber das können Sie in unseren Amtsblattartikeln verfolgen.

Zum Abschluss möchten wir nochmals mahnend daran erinnern, dass wir jetzt immer noch die große Chance haben uns selbstbestimmt zu beschränken, die Spendierhosen gegen Sparsocken zu tauschen und damit unseren finanziellen Handlungsspielraum zu verbessern.

Vielleicht schadet es ja gar nicht, wenn wir unsere Standards etwas absenken und uns mehr bescheiden?

## **Ettlingen bleibt trotzdem liebenswert und wird vielleicht mit neuer Bescheidenheit sogar noch liebenswerter.**

Mit den Konsolidierungsrunden in den Jahren 2010 und 2015, als die Vorzeichen ebenfalls nicht mehr so gut waren, haben wir gute Erfahrungen gemacht. Wir glauben, dass es an der Zeit im nächsten Jahr eine neue Konsolidierungsrunde zu starten.

In den Vorberatungen zum Haushalt wurde dies knapp abgelehnt. Vielleicht findet sich ja heute eine Mehrheit für den...

### **Haushaltsantrag der FWFE-Fraktion**

Wir beantragen für das Jahr 2020 die bald mögliche Einsetzung einer Haushaltskonsolidierungskommission mit dem Ziel den städtischen Haushalt auf mögliche Einsparpotentiale zu untersuchen und die von der Doppik verlangten Budgetierungen und Zielvorgaben für die nächsten Jahre zu definieren. Uns ist klar, dass der „große Wurf“ auf die Schnelle nicht möglich sein wird, aber in einem ersten Schritt sollen kurzfristig, bzw. sofort mögliche Einsparungen im investiven Bereich untersucht und eine Prioritätenliste erstellt werden, bevor die nächsten Vergabebeschlüsse auf die Tagesordnung des Gemeinderates kommen.

Im zweiten Schritt sollen langfristig wirksame strukturelle Veränderungen erarbeitet werden, in denen es darum geht welche Organisation, Standards und Projekte wir uns in Zukunft noch leisten wollen und können und welche bereits geplanten Maßnahmen wir reduzieren, oder ganz streichen werden.

Die Konsolidierungsrunde soll aus Vertretern der Verwaltung und des Gemeinderates bestehen und von einem externen Unternehmen geleitet und fachlich betreut werden.



An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Menschen bedanken, die sich ehrenamtlich für das gute Zusammenleben in unserer Stadt einbringen, sei es in den Vereinen, bei der Flüchtlingsbetreuung, in den zahlreichen Gremien und Beiräten, in privat organisierten Gruppen oder ganz alleine.

Ganz besonders bedanken wir uns bei den Angehörigen der Feuerwehr und den Rettungsdiensten, die rund um die Uhr für uns da sind und oft sogar ihre Gesundheit für Menschen in Not riskieren. In unseren Dank schließen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kommunalen Ordnungsdienstes ein, die inzwischen im Schichtdienst bis spät in die Nacht für Sicherheit in Ettlingen sorgen.

Wir möchten uns auch bei allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, den Stadtwerken, der SWE-Netz, der Stadtbau und beim Abwasserbetrieb und bei allen, die wir jetzt vielleicht vergessen haben, herzlich für die geleistete Arbeit und die stets gute Zusammenarbeit bedanken.

Nicht zuletzt gilt unser Dank den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ihnen allen wünschen wir ein friedvolles Weihnachtsfest, ein paar ruhige Tage zwischen den Jahren, einen guten Rutsch und ein zufriedenes Neues Jahr. Bleiben Sie gesund.

Dem Haushaltsplan 2020 stimmen wir gemäß Vorlage zu.

Ebenso stimmen wir den Haushaltsplänen der Vereinigten Stiftungen und dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung zu.